

FRANKREICH- ZENTRUM

der Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg i.Br.

Bulletin no 55
November 2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich begrüße Sie sehr herzlich mit der heutigen Ausgabe des Bulletins und darf Sie wie immer zunächst über das Wichtigste der vergangenen und kommenden Wochen informieren.

Zum Wintersemester haben insgesamt 32 Teilnehmer das Studium am Frankreich-Zentrum aufgenommen: zwei Kandidaten im Diplomaufbaustudiengang „Interdisziplinäre Frankreich-Studien“, fünf im Master „Interdisziplinäre Studien. Geistes- und Sozialwissenschaften“, sechs im Master „Deutsch-Französische Journalistik“ und 19 im Master „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“. 28 Kandidatinnen und Kandidaten, haben vor einiger Zeit ihre Auslandsphase angetreten. 22 Teilnehmer haben in diesem Jahr ihr Studium beendet und erhalten am 12. Dezember in Rahmen der Diplomfeier ihre Zeugnisse. Wir möchten allen Kandidatinnen und Kandidaten an dieser Stelle sehr herzlich gratulieren.

Wie bereits im letzten Bulletin angekündigt, war der November ein sehr bewegter Monat voller Veranstaltungen und Auszeichnungen.

Am 7. November haben Frau Schmitz, Herr Hörner und ich gemeinsam mit dem Programmbeauftragten des Straßburger CUEJ den Prix Bartholdi entgegengenommen: Unser Masterstudiengang

Bulletin

Redaktion: Annette Obenauf
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Rolf G. Renner

FRANKREICH-ZENTRUM

Universität Freiburg
Haus Zur Lieben Hand
D-79085 Freiburg

e-mail: frankreich-zentrum@fz.uni-freiburg.de

homepage: www.fz.uni-freiburg.de

Deutsch-französische Journalistik wurde als bester grenzübergreifender Studiengang im Oberrheingebiet gekürt, die Laudatio hielt Daniel Vernet, Chefredakteur von *Le Monde*, auch der ehemalige Präsident der DFH Albert Hamm schloß sich den Glückwünschen an.

Vom 13. bis 14. November, fand ein Kolloquium zum Thema „Schutz vor(m) Staat. Industriepolitik in Frankreich und Deutschland“ mit Henrik Uterwedde, Elie Cohen, Philippe Herzog, Jean-Louis Levet, Klaus Mangold, Joachim Starbatty und Victor Vanberg statt.

Außerdem war das Frankreich-Zentrum am 14./15. November auf dem Forum Franco-Allemand in Straßburg präsent, um interessierten Studienbewerbern die Studiengänge zu präsentieren.

Nicht zuletzt freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, daß Joseph Jurt am 15. November die Ehrendoktorwürde der Université de Fribourg erhielt. In der Begründung heißt es: „Joseph Jurt war Mitbegründer des Frankreich-Zentrums an der Universität Freiburg im Breisgau. Mit dem Aufbau dieses Forschungs- und Begegnungszentrums hat er aktiv zu einem besseren Verständnis zwischen der französischen und der deutschen Kultur beigetragen – Kulturen, welche auch den Kanton Freiburg prägen.“ Wir gratulieren Joseph Jurt sehr herzlich und freuen uns, daß sein wegweisender Einsatz für das Frankreich-Zentrum auch auf diese Weise eine Würdigung erhält.

Der heutige Artikel stammt von Herrn Michael Neubauer vom Ressort Politik der Badischen Zeitung.

Ich freue mich sehr, daß Herr Neubauer seinen Artikel, der am 19. November in der Badischen Zeitung erschien, eigens für das Bulletin erweitert hat. Die Leser unseres Bulletins, die weder an der Veranstaltung teilnehmen noch den Beitrag in der Badischen Zeitung lesen konnten, finden hier die Gelegenheit, sich über unser sehr gut besuchtes Kolloquium zu informieren.

Ich danke Herrn Neubauer sehr herzlich für seinen Beitrag.

Ihnen allen wünsche ich wie immer eine angenehme Lektüre.

Ihr



Rolf G. Renner
Vorsitzender des Vorstands des Frankreich-Zentrums

Inhalt:

- Michael Neubauer: „Schutz vor(m) Staat: Deutschland und Frankreich streiten sich gerne über Industriepolitik“
- Veranstaltungen/Terminankündigungen
- Förderverein

Michael Neubauer

Schutz vor(m) Staat

Deutschland und Frankreich streiten sich gerne über die Industriepolitik – dabei gibt es viele Gemeinsamkeiten / Eine Tagung im Frankreich-Zentrum

Wenn ein Franzose und ein Deutscher zusammensitzen und jemand läßt das Wort „Industriepolitik“ fallen, dann könnte das der Beginn einer Rauferei sein. Denn seit Jahrzehnten wirft man sich gegenseitig vor, der andere mache es nicht nur anders, sondern auch falsch.

Wer in Berlin nach deutscher Industriepolitik fragt, hat bisher als Antwort erhalten: „Die darf es nicht geben.“ Im Gegensatz zu den Franzosen überlasse man die Dinge dem Markt und betreibe nun mal keinen Staatsinterventionismus, heißt es gerne. Paris solle aufhören mit seinem industriellen Patriotismus und seiner Abwehr ausländischer Investoren, fordern deutsche Politiker.

Frankreich liebt es, mächtige Konzerne zu schmieden – man denke nur an die Fusion von Gaz de France und Suez zum europaweit drittgrößten Energiekonzern. Eine andere deutsche Wunde: Der französische Pharmahersteller Sanofi übernahm den größeren deutsch-französischen Konzern Aventis. Nicolas Sarkozy verhinderte dagegen einst als Wirtschaftsminister, daß Siemens Teile des maroden französischen Alstom-Konzerns übernehmen konnte. Mit Sarkozy hätten die nationalistischen Töne in der Wirtschaftspolitik zugenommen. Die französische Industriepolitik fördere nationale Champions auf Kosten ausländischer Unternehmen, so die Vorwürfe rechts des Rheins. Doch ein Großteil der Franzosen findet es gut, wenn die Politik in den Industriebereich eingreift.

Diese Debatte gibt es schon seit Jahrzehnten – und sie lebt stark von der Schwarz-Weiß-Malerei. Zwar interveniert die französische Politik häufiger als die deutsche. Doch es gibt mehr Gemeinsamkeiten, als beide Länder wahrhaben wollen. „In Deutschland ist dieser ‚patriotisme économique‘ viel leiser und diskreter, aber er ist da“, sagte der stellvertretende Direktor des deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg, Henrik Uterwedde, jüngst auf einer Tagung des Freiburger Frankreich-Zentrums über die Industriepolitik beider Länder. Ihr Titel: „Schutz vom/vorm Staat. Industriepolitik in Frankreich und Deutschland.“

Auch die Bundesländer greifen gerne ein

Tatsächlich griff auch der deutsche Staat in der Vergangenheit gerne in den Markt ein – siehe etwa das Volkswagengesetz, die Drohungen der deutschen Re-

gierung an die Unternehmensleitung bei EADS oder – ein gern zitiertes Beispiel der Franzosen – die deutsche Förderung der erneuerbaren Energien. So habe die Bundesregierung während ihrer EU-Ratspräsidentschaft starken Druck ausgeübt, damit für die Mitgliedstaaten verbindliche Vorgaben im Bereich der erneuerbaren Energien verabschiedet wurden, sagte der Wirtschaftsgesandte Frankreichs in Berlin, Jean-Francois Boittin. Dieser Bereich wird als sehr bedeutend für die deutsche Wirtschaft eingeschätzt, hier verfügt Deutschland über einen technischen Vorsprung.

Auch deutsche Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg verstehen sich wie zahlreiche Kommunen auf regionalen Protektionismus. Auch schränkte die deutsche Regierung vor wenigen Monaten wegen der Finanzkrise den Einfluß ausländischer Investoren auf deutsche Unternehmen ein. Mit der Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes müssen Nicht-EU-Geldgeber künftig mit Kontrollen durch die Bundesregierung rechnen, wenn sie in deutsche Firmen investieren wollen. Klaus Mangold, früheres Vorstandsmitglied von DaimlerChrysler, bezeichnete das als einen „Sündenfall in der deutschen Politik“. Die Folge dieses widersprüchlichen Verhaltens sei eine Erschütterung des Vertrauens, glaubt Uterwedde: „Uns Deutschen glaubt man nicht mehr, daß wir das tun, was wir sagen.“

In der Finanzkrise tritt industriepolitisches Handeln deutlicher denn je zutage. Die Regierungen wollen den nationalen Konzernen helfen – siehe den Fall Opel in Deutschland. Doch was macht in Zeiten der Globalisierung eigentlich noch die Nationalität eines Unternehmens aus? Diese Frage stellte Elie Cohen von der nationalen französischen Forschungsorganisation CNRS. Ist es die Verteilung des Kapitals, der Firmensitz, die Nationalität der Führungsriege, die Tätigkeit des Konzerns? Wenn der Sitz eines Konzerns in Deutschland ist, die Produktion aber in einem Schwellenland und die Forschung in den USA – kann man dann noch von einem nationalen Unternehmen sprechen?

Oft sind es gar keine logischen, strategischen Gründe, weshalb die Politik sich auf die Seite von Unternehmen stellt. Politikern geht es oft um Symbolik, sie reagieren auf öffentlichen Druck – etwa wenn Arbeitsplätze verloren gehen könnten. „Die Franzosen lieben es, wenn der Staat eingreift. Doch seit Mitte der 80-er Jahre gibt es in Frankreich eigentlich gar keine Industriepolitik mehr“, sagte Elie Cohen provokant. Was es gäbe, seien regionale dezentralisierte Kompetenzzentren. Er bat darum, Worte aus Frankreich, die international für Unruhe sorgten, nicht immer ganz ernstzunehmen. Sarkozy, der sich zu Hause als schärfster Kritiker des Finanzsystems gerierte, habe den Banken mit dem Rettungsfonds

kaum Bedingungen auferlegt. Cohen: „Reden haben oft ein Eigenleben und wenig Bezug zur Realität.“

Statt national lieber europäisch denken

Statt auf hohem Niveau aneinander vorbeizureden, sollten sich beide Länder endlich toleranter und zurückhaltender verhalten, fordert Jean-Louis Levet vom Forschungsinstitut der französischen Gewerkschaften IRES. Die Industriepolitik und Institutionen beider Länder seien nun mal – historisch bedingt – unterschiedlich. Doch trotz dieser Unterschiede werde die Diskussion in beiden Ländern ähnlich geführt, betonte Jean-Francois Boittin. „Und das Mißtrauen gegenüber der Globalisierung ist gleich stark.“ Er legte Zahlen einer jüngeren Umfrage vor: 77 Prozent der Deutschen wünschten sich demnach ein stärkeres Eingreifen des Staates in die Wirtschaft, in Frankreich sind es 50 Prozent.

Während Paris und Berlin sich in dieser Frage zoffen, wundern sich Länder wie Indien und China und erobern derweil neue Märkte. Deutschland und Frankreich müßten stärker die treibende Kraft sein auf der Suche nach Antworten auf die Frage, wie sich die Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken lasse. Ob Energie, Gesundheit, Klima oder Umweltschutz: Wohl nur mit Partnerschaften und EU-Champions kann Europa Schritt halten. Levet beschwor beim Blick auf die Finanzkrise die deutsch-französische Kooperation: „Wenn Deutschland und Frankreich in den nächsten Monaten nicht zusammenfinden, muß man von einem Scheitern des europäischen Geistes sprechen.“

Der frühere Europaabgeordnete Philippe Herzog konnte da nur zustimmen. Von einem „EU-Basiccamp“ als Gegengewicht zur Globalisierung sprach er, von möglichen industriellen Kooperationen in der Autoindustrie, in der Atomkraft oder beim Klimaschutz. „Wenn wir weiter die Spannungen kultivieren, werden wir aus der Krise nicht herausfinden“, sagte Herzog, der „das Schweigen der EU-Kommission“ zum Beginn der Finanzkrise rügte. Auch viele Franzosen wünschen sich die EU als globale Macht – und haben wie ihr Staatspräsident derzeit nur wenig Verständnis für das zögerliche Verhalten Berlins beim Umgang mit der Finanzkrise.

Klaus Mangold sieht solche industriellen Kooperationsräume allerdings mit Skepsis. So erfolgreich ein Projekt wie EADS auch sei, der Handlungsspielraum für gemeinsame Projekte sei eng, der Wettbewerb sehr groß. Er erinnerte sich bei der Tagung daran, wie er einst beim französischen Arbeitgeberverband Medef für deutsch-französische Projekte in Rußland geworben habe und dabei vor allem Desinteresse vorfand.

Auch Elie Cohen schaute kritisch auf die EU und ihre

Unterschiede in den 27 Ländern: „Obwohl man meinen sollte, daß die Finanzkrise die Solidarität in der EU fördern sollte, befinden wir uns eher in einer Regression in Sachen Einheit“, befürchtete er. Victor Vanberg, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Leiter des Walter Eucken Instituts, stellte die Frage, inwieweit ein gemeinsames Handeln in einer EU der 27 Mitgliedsstaaten möglich ist. Gemeinsame Projekte seien nur auf der Grundlage gemeinsamer Interessen machbar. „Und je spezifischer diese Projekte sind, desto schwieriger ist es, Gemeinsamkeiten zu finden.“

Es braucht Innovationen, neue, andere Produkte, damit sich die nationalen und internationalen Konzerne behaupten können. Joachim Starbatty, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft „Soziale Marktwirtschaft“, hinterfragte die Regierungen, die glauben, förderungswürdige Branchen zu erkennen. Er glaubt nicht daran, daß Politiker an einem runden Tisch die erfolgreichen Zukunftsindustrien vorhersagen können. „Wenn ein Staat meint, er wüßte mehr als die Unternehmen, ist das nicht wahr.“

Die Finanzkrise läßt die Debatte über den Sinn und Unsinn staatlicher Eingriffe in den Markt wieder stärker werden. Die Industriepolitik beider Länder verdiene endlich eine differenziertere Betrachtung, forderte Henrik Uterwedde in Freiburg. „Wir streiten uns oft über Etiketten, anstatt zum Kern der Kontroverse vorzustoßen.“ Unterschiedliche Leitbilder, Denktraditionen, Rahmenbedingungen und Akteurslandschaften machten den Dialog nicht gerade einfach. Attacken von Nicolas Sarkozy gegen die Europäische Zentralbank, sein Vorschlag einer Wirtschaftsregierung in Europa und das Infragestellen des Stabilitätspakts haben das Klima zwischen Berlin und Paris nicht gerade verbessert. Doch der deutsch-französische Ministerrat im November in Paris hat erneut gezeigt: Beide Länder bemühen sich trotz dieser Differenzen um Geschlossenheit. Denn man weiß: Ohne die werden die Probleme dieser Tage nicht zu meistern sein.

© Michael Neubauer

FÖRDERVEREIN

Jahresmitgliederversammlung 2008

*

Montag, 8. Dezember 2008

15.30 Uhr, Großer Saal,

Haus Zur Lieben Hand, Löwenstr. 16

Vortragsveranstaltung mit

Michael Glos

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

„*Vertrauen und Kraft für Europas
Wirtschaft: Welche Rolle spielt
dabei der Staat?*“

und Verleihung des

Daimler Financial Services-Preises

an

Prof. Dr. Johannes Masing

für seine Forschungsprojekt

„*Die Modellierung unabhängiger
Regulierungsbehörden in Frankreich und
Deutschland*“

**Montag, 8. Dezember 2008 16.30 Uhr,
Auditorium Maximum, KG II der Universität Freiburg**

Einlaß nur mit Einlaßkarte!

**(Karten für die Öffentlichkeit sind erhältlich am 8.12.
um 15.00 Uhr in der Eingangshalle des KG II,
gegenüber des Audimax)**

FRANKREICH-ZENTRUM

– Vorankündigung: Kolloquium –

In Zusammenarbeit mit dem Romanischen Seminar und
dem FRIAS – Freiburg Institut of Advanced Studies

Donnerstag, 04.12. bis Samstag 06.12.

„*S'appropriier l'autre. La traduction de
textes poétiques en tant qu'interprétation et
réception créatrice*“

Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. Thomas Klinkert

Nähere Informationen erhältlich unter:

stephanie.boyé@romanistik.uni-freiburg.de

<http://www.fz.uni->

[freiburg.de/pdf/veranstaltungen/ProgrammKolloquiumLite
rarischeUebersetzung.pdf](http://www.fz.uni-freiburg.de/pdf/veranstaltungen/ProgrammKolloquiumLite_rarischeUebersetzung.pdf)

– Vortragsreihe –

„*Die Zukunft der EU und die
französische Ratspräsidentschaft*“

*

**11. Dezember 2008, 19.00 Uhr, Großer Saal,
Haus Zur Lieben Hand, Löwenstr. 16**

Alain Richard, französischer Verteidigungsminister a.D.:

« *L'Allemagne, la France et la politique de
défense européenne* »

*

**14. Januar 2009, 19.00 Uhr, Großer Saal,
Haus Zur Lieben Hand, Löwenstr. 16**

Didier Georgakakis, IEP, Strasbourg/
Hélène Miard-Delacroix, CIERA, ENS Lyon :
Podiumsdiskussion in französischer Sprache:
« *Identité européenne face à l'identité nationale* »

*

Januar 2009

Rostane Mehdi, Université Aix-en-Provence :
Podiumsdiskussion in französischer Sprache:
« *Les enjeux de l'Union pour la Méditerranée* »
Einführung: Dr. Marcus Obrecht, Universität Freiburg

*

Januar 2009

Alain Lipietz, MdEP (Les Verts) / **Rolf Linkohr**, Centre
for European Energy Strategy Bruxelles :
Podiumsdiskussion in französischer Sprache:
« *Les enjeux de l'Union pour la Méditerranée* »
Moderation: Dr. Marcus Obrecht, Universität Freiburg

*

Februar 2009

Schloßbergsaal, SWR-Studi, Kartäuserstr. 45
Sylvana Koch-Mehrin, MdEP (FDP) / **Udo Kempf**, PH
Freiburg / **Frédéric Allemand**, Fondation pour
l'Innovation Politique / **Rudolf von Thadden**, ehem.
Koordinator für die deutsch-französischen
Zusammenarbeit der Bundesregierung:
Podiumsdiskussion:

„*Die französische Ratspräsidentschaft:
(K)ein leichtes Erbe?*“

**Datum und/oder Ort der Veranstaltungen im Januar
und Februar 2009 werden noch bekanntgeben unter:**

www.fz.uni-freiburg.de/veranstaltungen/index.html

– sonstige Veranstaltungen –

In Zusammenarbeit mit dem Bureau du Livre Berlin, dem
Centre Culturel Français Freiburg und dem Romanischen
Seminar der Universität Freiburg

**Mittwoch, 3.12.2008, 20.00 Uhr, Centre Culturel
Français Freiburg, Kornhaus, Münsterplatz 11**

Lesung : Linda Lê: *In Memoriam*

Einführung: Séverine Adam

*

Dienstag, 3. Februar 2009, 20.15 Uhr, HS 1098, KG I

Prof. Dr. Andreas Gelz, Universität Freiburg:

„*Die Zukunft des Romans? ‚Microfictions‘ in der
französischen Gegenwartsliteratur*“

Sonstiges: siehe auch Veranstaltungskalender:

www.fz.uni-freiburg.de/veranstaltungen/